

Nein zur Eskalation des Westens im Ukraine-Krieg!

Nein zu Angriffen auf das russische Atomraketen-Frühwarnsystem

Verhandlungen und Waffenstillstand jetzt!

Kundgebung

**Samstag, 1. Juni, 14 Uhr,
Hauptbahnhof, Bielefeld**



Nein zur Eskalation des Westens im Ukraine-Krieg

– es ist dringend notwendig, jetzt zu protestieren.

Die Friedensinitiative Bielefeld/OWL sieht in den ukrainischen Angriffen auf die russischen Frühwarnsysteme und in der Entscheidung der USA und weiterer westlicher Staaten, ukrainische Angriffe direkt gegen russisches Territorium zu erlauben, eine gefährliche Eskalation im Ukraine-Krieg, die einen russischen Atomwaffeneinsatz auslösen kann. Auch wenn Russland seit Wochen ebenfalls im Ukraine -Krieg eskaliert, so muss die Verhütung eines Atomkriegs bzw. eines Weltkrieges oberste Priorität haben.

Die Friedensinitiative sieht folgende mögliche friedenspolitische Schritte:

1. Gemeinsame Erklärung aller fünf Atommächte zum Verzicht auf einen Ersteinsatz mit Atomwaffen.
2. NATO-Staaten ziehen die Zustimmung zurück, die von ihnen gelieferten Waffen direkt gegen russisches Territorium einzusetzen. Dafür sollte sich die Bundesregierung stark machen.
3. NATO-Staaten senden keine Truppen in die Ukraine.
4. Wir brauchen Diplomatie, Verhandlungen und Waffenstillstand statt immer mehr und immer gefährlicherer Waffen. Friedenstüchtigkeit statt Kriegstüchtigkeit!

Bitte nur Plakate zeigen, die unseren Aufruf unterstützen.

Wir distanzieren uns ausdrücklich von jeglicher Form von Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus und LGBTQ-Feindlichkeit.

Personen, die der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind, sind von der Teilnahme ausgeschlossen.

Nein zu Angriffen auf das russische Atomraketen-Frühwarnsystem

Pressemitteilung der ärztlichen Friedensorganisation IPPNW vom 29.5.2024 zu ukrainischen Angriffen auf russisches Atomraketen-Frühwarnsystem

Die IPPNW erneuert ihre Forderung nach einem Waffenstillstand in der Ukraine

Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW nimmt die Berichte über ukrainische Angriffe auf das russische Frühwarnsystem Voronezh-DM zum Anlass, ihre Forderung nach Waffenstillstand und anschließenden Friedensverhandlungen zu bekräftigen. Der völkerrechtswidrige Krieg Russlands gegen die Ukraine fordert täglich neue Opfer. Die Berichte über Zerstörungen am strategischen Frühwarnsystem Russlands sind für uns ein Grund zu großer Sorge im Hinblick auf eine Eskalation des Krieges bis hin zu einem russischen Atomwaffeneinsatz.

Unsere Co- Vorsitzende Dr. Angelika Claußen hat am 29. Mai 2024 in ihrem Statement zur Wiesbadener Erklärung Vorschläge unterbreitet, welche unmittelbaren Schritte aus friedenspolitischer Sicht notwendig sind, die aktuelle Eskalationsgefahr zu entschärfen:

1. Die IPPNW fordert die drei westlichen Atommächte USA, Großbritannien und Frankreich auf, gemeinsam mit China auf Russland zuzugehen und gemeinsam eine Doktrin des Verzichts auf einen Ersteinsatz mit Atomwaffen zu erklären. China hat in seiner Einsatzdoktrin für Atomwaffen das Verbot für den Ersteinsatz schon verankert, die vier anderen Atommächte jedoch nicht. China hat außerdem in seinem 12-Punkte-Plan zur Beendigung des Ukraine-Krieg vom 24.02.2023 erklärt: „Atomwaffen dürfen nicht eingesetzt und Atomkriege dürfen nicht geführt werden.“ Ein Waffenstillstand in der Ukraine ist ohne die Unterstützung Chinas kaum vorstellbar, insbesondere um die russische Führung von einem Atomwaffeneinsatz abzuhalten.
2. Die Verhinderung eines Atomkrieges und eine Beendigung des Ukrainekrieges sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Sie haben Priorität. Dazu braucht der Westen China und weitere Staaten des globalen Südens. Die Friedenskonferenz am 15. und 16. Juni 2024 in der Nähe von Luzern, organisiert durch die Schweizer Regierung, sollten von der Bundesregierung dazu genutzt werden, dafür zu werben, dass die Verhütung einer nuklearen Eskalation im Ukrainekrieg oberste Priorität hat.